Die digitale Landesbibliothek Oberösterreich

oö landes bibliothek

Terms and Conditions

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

Imprint:
Director: Mag. Renate Plöchl
Deputy director: Mag. Julian Sagmeister
Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek
Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

Contact:
Email: landesbibliothek(at)ooe.gv.at
Telephone: +43(732) 7720-53100

Die Geschichte des Weltkrieges 1914/18.

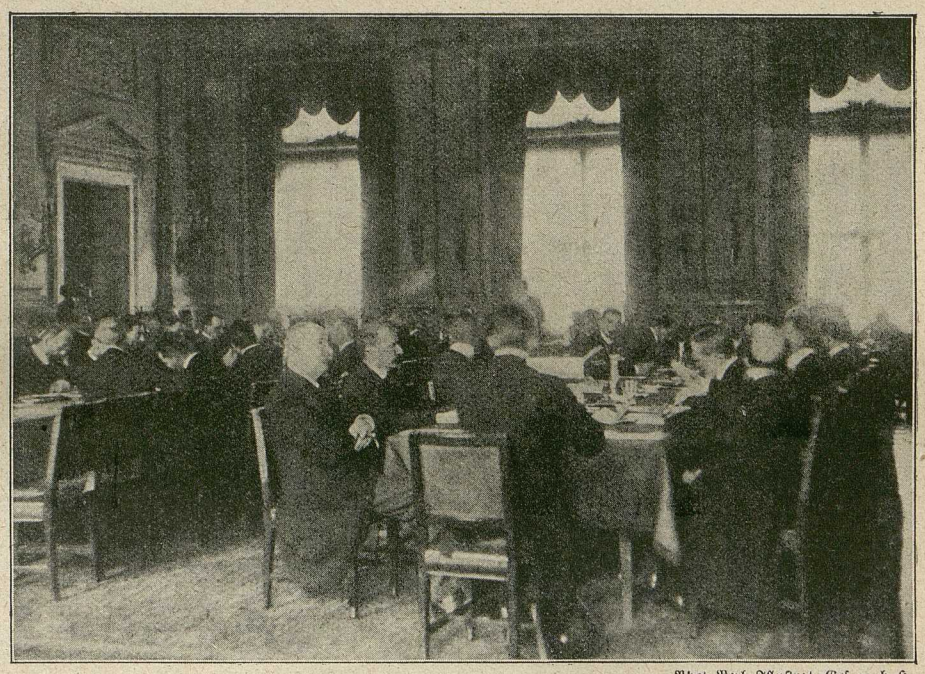
(Fortsetzung.)

Die Berliner Regierung hatte in der Reichskonferenz der Vertreter der deutschen Bundesstaaten (siehe untenstehendes Bild) eine Festigung erfahren. An der geschichtlich bemerkenswerten Besprechung nahmen von der Reichsleitung die sechs Volksbeauftragten Ebert, Haase, Scheidemann, Dittmann, Landsberg und Barth (siehe Bild Seite 324 unten) teil, die von den Staatssekretären Dr. Solf und Erzberger unterstützt wurden; Preußen ließ sich durch die Minister Hirsch, Ströbel und Dr. Rosenfeld, Bayern durch den Präsidenten der Volksregierung Kurt Eisner (siehe Bild Seite 316), den Gesandten Dr. Muckle und die Herren v. Kohl, Dr. Rahmer, Glinz und Dr. Schneckle vertreten. Für Württemberg erschienen die Minister Heymann, Crispien (siehe Bild Seite 323) und der Gesandte Hildenbrand, für Baden die Minister Geiß und Haas. Sachsen hatte die Minister Lipinski und Dr. Gradnauer entsandt, Hessen seinen Ministerpräsidenten Ulrich. Längst nicht alle Teilnehmer an der Aussprache waren Sozialdemokraten; so kam für Lippe-Detmold der frühere fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Professor Dr. Neumann-Hofer, aus Mecklenburg-Schwerin der wenige Wochen vor der Revolution gemaßregelte ehemalige Seminaroberlehrer und fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Minister Sivkovich und für Sachsen-Meiningen der noch weiter rechts stehende Staatsrat v. Türcke. Mit Ausnahme von Mecklenburg-Strelitz, Sachsen-Weimar und Waldeck waren sämtliche deutschen Bundesstaaten einschließlich Deutsch-Österreichs vertreten (siehe die Bilder Seite 358). Kaum war jedoch die Tagung vorüber, so verlangte der bayrische Ministerpräsident Eisner von neuem den Rücktritt der Regierungsmitglieder Solf, Erzberger, Scheidemann und Dr. David und drohte mit dem Abbruch der Beziehungen zwischen Bayern und dem Auswärtigen Amt, falls seinen Wünschen nicht entsprochen würde. Er stellte sogar die Möglichkeit des Abschlusses eines Sonderfriedens der Republik Bayern mit dem Verband in Aussicht, nachdem er sich soeben erst bei der Reichskonferenz gegen Trennungsbestrebungen ausgesprochen hatte.

Den Ausgangspunkt seines Verhaltens bildeten die von ihm gegebenen Enthüllungen über die **Schuld am Kriege**, denen Berichte zugrunde lagen, die Graf Lerchenfeld, der bayrische Bundesratsbevollmächtigte oder, wie später berichtigend bemerkt wurde, sein Stellvertreter, Baron v. Schoen, zur Zeit des Kriegsausbruches im Jahre 1914 seiner Regierung übermittelt hatte. Eisner benutzte sie zu einem Vorstoß gegen das Auswärtige Amt der Deutschen Republik, weil er es für notwendig hielt, daß alle irgendwie mit der Schuld am Kriege oder für seine Verlängerung belasteten Personen zur Erleichterung der Friedensverhandlungen ihren Posten verließen. Aus den Veröffentlichungen sollte hervorgehen, daß die deutsche Bevölkerung gegen Ende Juli 1914 bis tief in das Jahr 1918 hinein in unverantwortlichster Weise irregeführt worden wäre und Deutschland am Ausbruch des Krieges nicht so unschuldig sei, wie es seine Regierung hingestellt hatte. Es wurde gesagt, daß die deutsche Regierung entgegen ihren Behauptungen vom August 1914 das verhängnisvolle österreichisch-ungarische Ultimatum an Serbien gekannt und den Krieg zwischen Österreich-Ungarn und Serbien sogar gewollt hätte. Es sei auch nicht alles getan worden, um den Krieg abzuwenden, sondern im Gegenteil wäre der Ausbruch des Krieges beschleunigt und jede friedliche Vermittlung verhindert worden. Deutschland hätte Österreich-Ungarn geradezu in den Krieg gestoßen und die noch ahnungslosen Feinde Deutschlands durch die Abreise des Kaisers nach Norwegen zu täuschen getrachtet. Greys Versuche, den Frieden zu erhalten, wären nach den Berichten ehrlich gewesen, denn noch am 31. Juli früh sei aus Berlin nach München amtlich telephoniert worden, daß die ehrlichen Friedensbestrebungen Greys die Ereignisse nicht aufhalten würden, die deutsche Regierung also unter allen Umständen den Krieg für unabweisbar halte. Ferner war dann in dem Bericht noch die Überzeugung des preußischen Generalstabes erwähnt, daß Frankreich in vier Wochen niedergeworfen werden könne, weil im französischen Heere nicht nur Mangel an gutem Geist, sondern auch an Steilfeuergeschützen herrsche und das deutsche Gewehr dem französischen überlegen sei.

Hierzu ist zu bemerken, daß diese aus dem Zusammenhang gerissenen Urkunden für sich allein noch keine Beweisstücke für die Schuld Deutschlands am Kriege sein konnten. Zur Feststellung des Schuldigen waren weitere Beweise nötig, und insbesondere mußte auch die ganze politische Lage in der Zeit vor dem Kriege einer genauen Betrachtung unterzogen werden. Im Zusammenhang hiermit war eine Unterredung beachtenswert, die Professor Dr. Wegener, ein Mitglied des Kriegspressequartiers, gelegentlich der letzten Fahrt des ehemaligen Deutschen Kaisers an die Front am 4. November in der Nähe von Brüssel mit dem Kaiser hatte. Während dieses Gespräches, das einen Tag vor dem Kieler Aufstand und kurz vor des Kaisers Abdankung (siehe Bild Seite 354) und Flucht nach Holland stattfand (siehe die Bilder Seite 355), führte dieser unter anderem aus: „Die ganze Politik der letzten Wochen vor dem Kriege haben Bethmann und Jagow allein gemacht. Ich wußte überhaupt nichts mehr davon. Sie haben mich ja durchaus wider meinen Willen nach Norwegen geschickt. Ich wollte die Reise nicht machen, da die Gespanntheit der Lage nach der Ermordung Franz Ferdinands auf der Hand lag. Aber der Reichskanzler sagte zu mir: ‚Majestät müssen die Reise antreten, um den Frieden zu bewahren. Wenn Majestät hier bleiben, dann gibt es sicher Krieg, und die Welt wird Euer Majestät die Schuld daran zuschieben.‘ Nun, da bin ich dann gereist. Und während der ganzen Zeit habe ich von meiner Regierung keine Nachrichten mehr über die Vorgänge erhalten.“

Jagow und Bethmann erschienen nun als die Hauptbelasteten. Doch Bethmann hatte inzwischen in der „Deut-



Phot. Berl. Illustrat.-Ges. m. b. H.

Die Reichskonferenz der Vertreter der bundesstaatlichen Volksregierungen am 25. November 1918 im Sitzungsaal des Reichskanzlerhauses in Berlin. Im Hintergrund am mittleren Fenster, stehend, Friedrich Ebert.